

Bern, 31.08.2020



SOLIDARISCH DIE CORONA-KRISE ÜBERWINDEN

Ein Thesenpapier der SP Stadt Bern

Die Corona-Krise betrifft uns alle – privat, politisch und gesellschaftlich. In der akuten Phase hatte die Stadt Bern in erster Linie die Aufgabe, die Bundesvorgaben umzusetzen und dafür zu sorgen, dass die Gesundheit der Bevölkerung möglichst gut geschützt werden konnte. Dazu wurden verschiedene, zum Teil drastische, Massnahmen ergriffen. So wurden zum Beispiel die Schulen geschlossen, Parks abgesperrt und das Angebot des öffentlichen Verkehrs verringert. Die allermeisten Geschäfte sowie Kultur- und Freizeitbetriebe mussten ihre Türen vorübergehend schliessen.

In den letzten Monaten wurden diese Massnahmen weitgehend gelockert. Allerdings steigen die Fallzahlen im Moment wieder an und die Krisensituation und ihre wirtschaftlichen Folgen haben mittel- und längerfristig massive Auswirkungen auf die Stadt Bern.

Dieses Papier zeigt auf, wo die SP Stadt Bern Handlungsbedarf sieht und wie wir alle gemeinsam und solidarisch den Weg aus dieser Krise finden.

Auswirkungen im sozialen Bereich

Kinder und Jugendliche aus finanziell schwachen Familien werden die Corona-Krise noch lange spüren. Anfang Mai waren 15% der Beschäftigten in der Schweiz von Kurzarbeit betroffen und die Arbeitslosenquote ist massiv angestiegen. Für viele Familien mit kleinen Einkommen bedeutet die damit verbundene Lohnkürzung, dass sie in die Armut abrutschen oder sich massiv einschränken müssen. Den Kindern und Jugendlichen dieser Familien fehlen damit die Möglichkeiten, sich am sozialen Leben mit Gleichaltrigen zu beteiligen. Das Geld reicht nicht mehr für einen Kinobesuch, ein Glacé mit Freund*innen, das Ferienlager mit dem Sportclub und schon gar nicht für den Musikunterricht. Kinder und Jugendliche aus finanziell schwachen Familien begleitet die Benachteiligung oft ihr Leben lang. Die SP hat sich bereits mehrfach für die Einführung von kantonalen Familienergänzungsleistungen eingesetzt, wie sie etwa der Kanton Waadt kennt. Die Familienergänzungsleistungen können vor der Sozialhilfeabhängigkeit bewahren. Gleichzeitig müssen Kinder und Jugendliche aus armen oder armutsgefährdeten Familien auch durch speziell für sie entwickelte Programme darin unterstützt werden, sich ihrem Potenzial entsprechend zu entwickeln, damit sie eine langfristige Perspektive haben.

Die Zeit, in der die **Schüler*innen** von zu Hause aus unterrichtet wurden, hat grosse Auswirkungen auf die Chancenungleichheit. Je nach Möglichkeiten der Eltern (zeitliche Verfügbarkeit, digitale Infrastruktur etc.) und den Wohnverhältnissen der Familien waren die Bedingungen der Kinder und Jugendlichen beim Lernen sehr unterschiedlich. Einige konnten gut unterstützt werden, andere gar nicht. Bereits heute ist bekannt, dass rund 200 Schüler*innen in der Stadt Bern zum Teil substantielle Lernlücken aufweisen. Es ist unumgänglich, dass die Stadt diejenigen Kinder und Jugendlichen, die nun im Nachteil sind, durch ein kostenloses Unterstützungs- bzw. Nachhilfeprogramm unterstützt.

Aufgrund der derzeit stattfindenden Strukturbereinigung und der beschleunigten Digitalisierung wird es mittelfristig einen Anstieg der Personen geben, die **Sozialhilfe** beantragen müssen, weil sie ausgesteuert sind. In vielen Fällen handelt es sich hier um Menschen, die in ohnehin bereits in prekären Verhältnissen leben oder arbeiten (bspw. Anstellungen im Stundenlohn). Die Stadt Bern verfügt über gute Arbeitsintegrationsinstrumente und muss nun genügend Ressourcen zur Verfügung stellen, damit diese allen betroffenen Menschen zur Verfügung gestellt werden können.

Die **Kindertagesstätten** (Kitas) werden wegen des eingeschränkten Betreuungsangebots während der Krise ein Defizit ausweisen. Es ist wichtig, dass die Stadt die Kitas unterstützt und dafür sorgt, dass die familienexterne Kinderbetreuung weiterhin in der ganzen Stadt zur Verfügung steht und für Familien bezahlbar bleibt.

Während der Lockdown-Phase haben **Frauen** vermehrt die Kinderbetreuung übernommen und dafür als erste ihr Pensum reduziert. Für die **Gleichstellung** ist es wichtig, dass Frauen rasch wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden und Betreuungslücken geschlossen werden. Hier soll die Stadt sensibilisieren und mit eigenen Initiativen Vorbildfunktion übernehmen.

Die wirtschaftlichen Konsequenzen der Corona-Krise treffen viele **Mieterinnen und Mieter**. Es ist deshalb nötig, dass sich die Stadt nach wie vor mit voller Kraft dafür einsetzt, dass mehr **bezahlbare Wohnungen** entstehen, damit niemand wegen den Mietpreisen aus der Stadt gedrängt wird.

Jene Menschen, die aufgrund ihres **Aufenthaltsstatus** durch die Maschen des Sozialstaates fallen (z.B. Sans-Papiers, Sexarbeitende ohne Aufenthaltsbewilligung) oder den Anspruch auf Sozialhilfe nicht wahrnehmen (können), müssen erfasst und wo möglich unkompliziert unterstützt werden. Ein Austausch mit involvierten Institutionen (städtisch und Nichtregierungsorganisationen), soll aktiv gesucht werden (z.B. mit der Fachstelle Xenia, Quartierarbeit, Rechtsberatungsstelle für Sans-Papiers).

Die Corona-Krise verunsichert viele und belastet alle. Mit der unsicheren Zukunft können viele nur schlecht oder gar nicht umgehen. Die Angst vor Krankheit oder den Job zu verlieren kann die **psychische und die physische Gesundheit** belasten. Hier braucht es gute Angebote und Beratung und wenn nötig auch eine entsprechende Therapie. Ein gutes und allen Menschen zugängliches Gesundheitswesen und soziale Netze sind dabei zentral. Für die SP ist zentral, dass die Mitarbeitenden im Gesundheitswesen ihre Arbeit unter sicheren und fairen Bedingungen leisten können.

Auswirkungen auf die Wirtschaft

Mit der Rezession wird das Angebot an Ausbildungsplätzen zurückgehen. Es ist in den nächsten Jahren mit einem massiven Verlust an qualifizierten Lehrstellen zu rechnen. Zudem sind die ganz **jungen Arbeitnehmenden** besonders stark von Entlassungen betroffen. Wer nicht richtig in den Arbeitsmarkt einsteigen kann, trägt sowohl das Risiko, in seiner beruflichen Entwicklung stark benachteiligt, als auch längerfristig auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Die Stadt muss deshalb alles daran setzen, dass genügend Lehrstellen angeboten werden: in der städtischen Verwaltung, aber auch vom Gewerbe und von Leistungsvertragsnehmenden. Zudem muss darauf hingewirkt werden, dass Lehrabgänger*innen weiterbeschäftigt werden. Die Stadt soll kleineren lokalen Unternehmungen ein Beratungsangebot zur Verfügung stellen und zusammen mit der Wirtschaft ein Mentoring-/Coaching-Angebot für betroffene junge Arbeitnehmende aufbauen.

Ältere Arbeitnehmende verlieren in der aktuellen Krise – vor allem auch wenn Strukturbereinigungen stattfinden – häufiger die Stelle. Neben den jüngsten Arbeitnehmenden sind sie am stärksten von Entlassungen betroffen. Für ältere Arbeitnehmende ist es besonders schwierig, wieder eine Stelle zu finden. Die Stadt Bern muss ein Vorbild sein und dafür sorgen, dass sich ältere Arbeitnehmende weiterbilden können und nicht entlassen werden. Zudem hat die Stadt Bern das Gespräch mit dem Gewerbe und Leistungsvertragsnehmenden zu suchen, um ältere Arbeitnehmende vor Entlassungen zu schützen.

Durch den Lockdown wurden viele Bereiche getroffen, die **niederschwellige Nebenjobs** anbieten, wie zum Beispiel Catering, Ticketverkauf etc. Von diesen Nebenjobs sind insbesondere Menschen in Ausbildung abhängig. Sie gerieten durch den Verlust ihrer Nebenbeschäftigung in existenzielle Nöte. Deshalb ist es wichtig, dass die Stadt niederschwellige Stellen erhält.

Viele **kleine Unternehmen** und Soloselbständige sehen sich in ihrer Existenz bedroht, weil sie nicht die geplanten Umsätze machen konnten, Fixkosten wie Miete etc. aber bestehen blieben. Für sie braucht es sofortige und unbürokratische Hilfe von der Stadt mit einem **Corona-Solidaritätsfonds**. Der Erhalt des Kleingewerbes in der Stadt Bern ist enorm wichtig, um Arbeitsplätze zu schützen und den Charakter der Stadt zu erhalten.

Restaurants, Bars und Clubs mussten während mehreren Monaten schliessen und konnten zunächst nur eingeschränkt wieder geöffnet werden. Sie haben deshalb einen entsprechenden Umsatzeinbruch zu verzeichnen. Wegen den nötigen Schutzkonzepten haben Restaurants, Bars und Clubs weniger Gäste und somit auch weniger Umsatzmöglichkeiten. Es ist deshalb positiv, dass die Stadt unbürokratisch mehr Aussenbestuhlung ermöglicht.

Kulturschaffende sind von der Krise besonders betroffen. Sie arbeiten oft in prekären Arbeitsverhältnissen. Für eine lebendige Stadt ist eine aktive Kulturszene unersetzlich. Es ist deshalb wichtig, dass die Stadt Bern die Beiträge an Kulturschaffende weiterhin auszahlt, auch wenn geplante Veranstaltungen abgesagt werden.

Der **Online-Handel** hatte während der Corona-Krise grossen Zulauf. Es ist davon auszugehen, dass der Strukturwandel im Detailhandel dadurch noch stärker vorangetrieben wird, während die Arbeitsbedingungen im Logistik-Bereich (z.B. UberEats und ähnliche Plattformmodelle) oft prekär sind. Diese Entwicklung muss von der Stadt gut begleitet werden, damit sie keine negativen Auswirkungen hat. Es ist deshalb wichtig, das lokale Gewerbe zu stärken und dafür zu sorgen, dass die Alternativen zum online Handel attraktiv bleiben, etwa durch Fussgängerzonen etc.

Auswirkungen im öffentlichen Raum

Damit sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher bewegen können, müssen sie die Möglichkeit haben, die Abstände und Hygiene-Massnahmen einzuhalten. Das heisst, dass **Plätze, Parks und Grünanlagen** zugänglich sein müssen, damit es keine Konzentration auf wenigen Plätzen gibt. Zudem müssen Einrichtungen, wie zum Beispiel die Möblierung, so gestaltet sein, dass Abstände eingehalten werden können.

Viele Menschen meiden im Moment den **öffentlichen Verkehr**, weil sie Angst vor einer Ansteckung haben. Bernmobil wird deshalb voraussichtlich ein Defizit ausweisen. Die Stadt muss sich dafür einsetzen, dass der öffentliche Verkehr das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnt, attraktiv bleibt und Bund und Kanton den Ortsverkehr bei der Bewältigung der Krise finanziell unterstützen.

Die Tendenz, vermehrt mit dem Auto in die Stadt zu fahren, führt zu einer raschen Verschlechterung der Luftqualität in der Stadt. Dies birgt Risiken für die Gesundheit und belastet die Atemwege. Deshalb ist es wichtig, dass einerseits genügend breite und attraktive **Fusswege** und andererseits eine sichere und gut ausgebaute **Velo-Infrastruktur** zur Verfügung stehen, um der Bevölkerung Alternativen zu Autos zu bieten.

Die **Demonstrationsfreiheit** wurde im Hinblick auf die öffentliche Gesundheit während der Lockdown-Phase stark eingeschränkt. Es ist wichtig, dass die Stadt klare und transparente Regeln für die Ausübung von Grundrechten erlässt, die die gesundheitlichen Risiken berücksichtigen aber keine übermässigen Einschränkungen vorsehen. Die Stadt kann mit einer Informationskampagne darauf hinweisen, dass mit einfachen Mitteln, z.B. dem Befolgen der Hygiene- und Distanzregeln, die Grundrechtsausübung ohne Gefährdung anderer Menschen möglich bleibt.

Von der Delegiertenversammlung am 31.8.2020 genehmigt.